

MSG Moderne Stadtgeschichte, Bd. 56/2 (2025), 89-99

DOI: <https://doi.org/10.60684/msg.v56i2.100>

Moritz Ochsmann

*Deutsches Institut für Urbanistik*

Ulrike Vorwerk

*Deutsches Institut für Urbanistik*

**Klimaschutz und Klimafolgenanpassung in Kommunen  
Parallelen, Synergien, Perspektiven**

MSG Moderne Stadtgeschichte

ISSN: 2941-6159 online

<https://moderne-stadtgeschichte.de>

Dieses Werk steht unter der [Lizenz Creative Commons Namensnennung 4.0 International](#).  
Bei den Abbildungen sind eingeschränkte Lizenzformen möglich, Weiternutzungsrechte  
sind gesondert abzuklären.



© Moritz Ochsmann/Ulrike Vorwerk 2025

## **Klimaschutz und Klimafolgenanpassung in Kommunen – Parallelen, Synergien, Perspektiven**

*Climate protection and climate impact adaptation are two sides of the same coin. Within 15 to 20 years, municipal climate protection in Germany has developed from a niche topic to a focal issue. In recent years in particular, climate protection has attracted a great deal of public attention and has also underscored the importance of municipal efforts. The topic of climate impact adaptation appears to be undergoing a similar development. Whereas a few years ago, adaptation to the unavoidable consequences of climate change was still a marginal issue under the umbrella of other municipal tasks, it has since moved to the center of attention, not least against the background of increasing heat and drought and the catastrophic consequences of heavy rainfall and flooding, including in the Ahr valley in 2021 and in southern Germany in 2024. Despite their increasing importance, climate protection and adaptation measures are still not included among the mandatory tasks of German municipalities. Then again, they are increasingly subject to legal requirements and obligations and can therefore not be described as completely voluntary either.*

### *1. Zunehmende Bedeutung und Rolle der Kommunen*

Die Dringlichkeit, den fortschreitenden Klimawandel durch effektive Einsparung von Treibhausgas-Emissionen aufzuhalten, nimmt weiter zu. Der aktuelle Bericht des EU-Erdbeobachtungsprogramms Copernicus belegt, dass 2024 das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnung war und zugleich das erste Jahr mit einer Durchschnittstemperatur, die deutlich über 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau lag und somit über dem Schwellenwert, der auf der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (COP21) im Dezember 2015 in Paris festgelegt worden ist.<sup>1</sup> Es wird deutlich, dass bisherige Anstrengungen zur Verringerung von Treibhausgas-Emissionen nicht ausreichen und Klimaschutzaktivitäten deutlich verstärkt werden müssen. Kommunen, die

<sup>1</sup> Vgl. Copernicus Climate Change Service of the European Commission, Global Climate Highlights 2024. The 2024 Annual Climate Summary 2025, <https://climate.copernicus.eu/global-climate-highlights-2024> [13.11.2025].

hier als Städte, Gemeinden und Landkreise definiert werden, sind ein wichtiges Scharnier bei der Umsetzung entsprechender Maßnahmen. Hier kommen alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, wie zum Beispiel Wohnen, Arbeiten, Konsum und Mobilität, zusammen, die zum Ausstoß von Treibhausgasemissionen beitragen. Oder positiv gesagt: Hier liegen große Einsparpotenziale, die es zu nutzen gilt.

Ein Grundstein für den kommunalen Klimaschutz wurde 1992 mit der Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro gelegt, aus der die Lokale-Agenda-21-Prozesse in vielen deutschen Kommunen entstanden sind. Ein weiterer Durchbruch war die Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen und das daraus resultierende Kyoto-Protokoll, das 2005 in Kraft getreten ist. Die Bedeutung des kommunalen Klimaschutzes ist in den 2000er-Jahren stetig gewachsen. Immer mehr Kommunen entwickelten Klimaschutzkonzepte mit CO<sub>2</sub>-beziehungsweise Treibhausgas-Bilanzierungen, Einsparzielen und konkreten Maßnahmenpaketen – eine Entwicklung, die sicherlich stark von der 2008 gegründeten Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundes und der breiten Förderung von Klimaschutzkonzepten und Klimaschutzmanager\*innen im Rahmen der Kommunalrichtlinie getragen wurde.

Das OB-Barometer, eine repräsentative Befragung der (Ober-)Bürgermeister\*innen großer deutscher Städte, die das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) seit 2015 jährlich durchführt, zeigt, dass Klimaschutz in den letzten Jahren weiter an Bedeutung gewonnen hat und seit 2020 als wichtigstes Zukunftsthema in den befragten Kommunen gesehen wird (2025 abgelöst vom Thema Kommunalfinanzen).<sup>2</sup> Zu dieser Zeit wurde das Thema stark von außen flankiert und führte – angestoßen durch die zivilgesellschaftliche Klimabewegung Fridays for Future – in einigen Kommunen zur Ausrufung des sogenannten Klimanotstands, der dem Klimaschutz oberste Priorität auf der politischen Agenda verschaffte.<sup>3</sup> Auch eine Befragung, die das Umweltbundesamt 2022 und 2023 zum Thema „Wo steht Deutschland im kommunalen Klimaschutz?“ in deutschen Städten, Gemeinden und Landkreisen durchführte, kommt zu dem Ergebnis, dass beim Klimaschutz in den letzten Jahren eine hohe Dynamik zu verzeichnen sei.<sup>4</sup>

<sup>2</sup> Vgl. Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), OB-Barometer, <https://difu.de/ob-barometer> [13.11.2025].

<sup>3</sup> Vgl. Paul Ratz/Sophia Manzke, Mach dein Projekt zum Klimacheck für Ratsbeschlüsse. Eine Anleitung für mehr Klimaschutz, in: Klimahacks 9, 2021, hrsg. vom Deutschen Institut für Urbanistik, S. 1.

<sup>4</sup> Vgl. Lizzi Sieck, Abschlussbericht. Wo steht Deutschland im kommunalen Klimaschutz? Auswertung der UBA-Kommunalbefragung „Klimaschutz in Kommunen 2023“, in: Climate Change 41, 2024, S. 278.

Während Bemühungen zur Begrenzung der Treibhausgas-Emissionen in der Kommunalpolitik schon länger eine Rolle spielen, stellt die Anpassung an die bereits spürbaren und noch zu erwartenden Folgen des Klimawandels ein neues Aufgabenfeld dar. Die Notwendigkeit der Anpassung wird jedoch immer deutlicher, da die Auswirkungen des Klimawandels, wie Hitzewellen, Starkreagenzien und Dürreperioden, auch in deutschen Städten immer spürbarer werden.<sup>5</sup> Diese Auswirkungen wiederum haben direkte Konsequenzen für die menschliche Gesundheit, die Infrastruktur, die Wirtschaft und die Ökosysteme.<sup>6</sup> Zugleich nimmt die Anfälligkeit von Gesellschaften und Infrastrukturen gegenüber den Folgen des Klimawandels zu. Dies ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen, wie beispielsweise die Alterung der Bevölkerung und die Zunahme der Bebauung in Risikogebieten. Die zunehmende Verwundbarkeit ergibt sich aus dem Zusammenspiel von Klimaänderungen und sozioökonomischen Faktoren.<sup>7</sup> Hinzu kommen erhebliche wirtschaftliche Kosten, verursacht durch klimabedingte Schäden. Diese Kosten können durch Anpassungsmaßnahmen begrenzt werden. Die Kosten des Nicht-Handelns sind erheblich und überschreiten die Kosten der Anpassung deutlich, da die Auswirkungen des Klimawandels zu vielfältigen Einschränkungen für die Wirtschaft führen können,<sup>8</sup> zum Beispiel durch gestörte Lieferketten, Produktionsausfälle und eine verminderte Arbeitskraft. Der Klimawandel hat zudem vielfältige Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, insbesondere durch Hitzewellen, die das Herz-Kreislauf-System, die Atemwege und die Psyche belasten können.<sup>9</sup> Besonders betroffen sind vulnerable Bevölkerungsgruppen wie ältere Menschen, Kinder und einkom-

<sup>5</sup> Vgl. Nicole Baumüller, Stadt im Klimawandel. Klimaanpassung in der Stadtplanung – Grundlagen, Maßnahmen und Instrumente, Diss. Stuttgart 2018; Andreas Vetter u. a., Das Politikfeld „Anpassung an den Klimawandel“ im Überblick, in: Guy P. Brasseur/Daniela Jacob/Susanne Schuck-Zöller (Hrsg.), Klimawandel in Deutschland. Entwicklung, Folgen, Risiken und Perspektiven, Berlin 2023, S. 475-490.

<sup>6</sup> Vgl. Guy P. Brasseur/Daniela Jacob/Susanne Schuck-Zöller (Hrsg.), Klimawandel in Deutschland. Entwicklung, Folgen, Risiken und Perspektiven, Berlin 2023.

<sup>7</sup> Vgl. Baumüller, Stadt im Klimawandel, S. 198; Jörn Birkmann u. a., Die Bewertung von Gefahren, Expositionen, Verwundbarkeiten und Risiken, in: Guy P. Brasseur/Daniela Jacob/Susanne Schuck-Zöller (Hrsg.), Klimawandel in Deutschland. Entwicklung, Folgen, Risiken und Perspektiven, Berlin 2023, S. 333-344.

<sup>8</sup> Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), Kosten durch Klimawandelfolgen in Deutschland, Berlin 2023, [https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/M-0/Merkblaetter/merkblatt-klimawandelfolgen-in-deutschland-zusammenfassung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=14](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/M-0/Merkblaetter/merkblatt-klimawandelfolgen-in-deutschland-zusammenfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=14) [13.11.2025].

<sup>9</sup> Vgl. Julian Kemen/Thomas Kistemann, Der Einfluss urbaner Hitze auf die menschliche Gesundheit, in: José Lozán u. a. (Hrsg.), Warnsignal Klima. Die Städte, Hamburg 2019, S. 113-119; Julian Kemen/Silvia Schäffer-Gemein/Thomas Kistemann, Klimaanpassung und Hitzeaktionspläne, in: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.), Gesundheit und Krankheit aus räumlicher Perspektive, Bonn 2020, S. 58-69.

mensschwache Haushalte, wodurch bestehende soziale Ungleichheiten verschärft werden.<sup>10</sup> Vor dem Hintergrund der Breite und Komplexität dieser Folgen ist in den letzten Jahren das Bewusstsein für die Notwendigkeit der Anpassung an den Klimawandel in der Bevölkerung und der Politik gestiegen. Dies ist nicht zuletzt auf die zunehmende Häufigkeit von Extremwetterereignissen zurückzuführen, die zeigt, wie sehr auch Deutschland von den Folgen des Klimawandels betroffen ist.<sup>11</sup>

Den Kommunen kommt bei der Klimafolgenanpassung eine zentrale Rolle zu, da viele Auswirkungen des Klimawandels auf lokaler Ebene wirksam werden. Sie sind maßgebliche Akteure bei der Umsetzung entsprechender Maßnahmen, da die Anpassung in den meisten Fällen auf regionaler oder lokaler Ebene erfolgt. Kommunen benötigen dabei die Unterstützung von Bund und Ländern, um ihre Aufgaben im Bereich der Klimaanpassung erfolgreich wahrnehmen zu können. Dies umfasst finanzielle Unterstützung, Wissensvermittlung und die Bereitstellung von Instrumenten und Daten. Die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen ist entscheidend für eine erfolgreiche Klimaanpassung in Deutschland.<sup>12</sup> Dabei darf jedoch die Klimafolgenanpassung den Klimaschutz nicht ersetzen. Vielmehr stellt ein effektiver Klimaschutz die wichtigste Anpassungsmaßnahme dar, um die Folgen des Klimawandels noch so weit wie möglich zu begrenzen.

Die Notwendigkeit des Klimaschutzes nicht nur anzuerkennen, sondern die entsprechenden Maßnahmen auch effektiv umzusetzen, ist die aktuell drängendste Aufgabe und eine große Herausforderung. Denn kommunaler Klimaschutz ist ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag und muss von möglichst allen Bereichen – private Haushalte, Industrie, Gewerbe, Dienstleistung, Kommunalverwaltung et cetera – getragen werden. Nicht zuletzt der Umstand, dass Klimaschutzmaßnahmen zwar lokal umgesetzt werden, sich aber ihre Effekte – wie etwa die Begrenzung der Erderwärmung – auf globaler Ebene und sehr zeitverzögert zeigen, erschwert die Aktivierung von Akteuren. In der kommunalen Klimafolgenanpassung greifen Maßnahmen und Effekte in der Regel stärker ineinander, was sicherlich als positiver Faktor für die Akzeptanz und Umsetzung von Maßnahmen verzeichnet werden kann. Lokale Maßnahmen bieten meist Lösungen für lokale Probleme. Sie vermindern oder vermeiden die Gefahren

<sup>10</sup> Vgl. Andrea Fischer-Hotzel/Anna-Kristin Jolk, Kommune, pass dich an! Hitze und Trockenheit auf lokaler Ebene begegnen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 73:28-29, 2023, S. 31-38; Ulrike Schneider, Sozialstaat und Klimawandel, in: Christoph Görg u. a. (Hrsg.), APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben, Berlin 2023, S. 499-528.

<sup>11</sup> Vgl. Vetter u. a., Politikfeld, S. 479; Antje Otto/Annegret Thielen (Hrsg.), Urbane Resilienz gegenüber extremen Wetterereignissen. Gemeinsamer Verbundabschlussbericht des Forschungsprojektes ExTrass, Universität Potsdam 2022.

<sup>12</sup> Vgl. Vetter u. a., Politikfeld, S. 479 f.

und Schäden, die durch Hochwasser, Starkregen oder Hitze für die Bevölkerung vor Ort entstehen, insbesondere für vulnerable Gruppen wie ältere, kranke oder isolierte Personen.

Aktuell ist häufig von der Dekade des Klimaschutzes die Rede. So kommt der Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPPC) in seinem Synthesebericht 2024 zu der Erkenntnis, dass die Treibhausgasemissionsminderungen in diesem Jahrzehnt weitgehend darüber bestimmen, ob die Erwärmung auf 1,5 oder 2 Grad Celsius begrenzt werden kann.<sup>13</sup> Eine Transformation auf allen Ebenen ist notwendig: von der Energiewende über die Verkehrswende bis hin zur Wärmewende. Ein Hemmnis bei der Umsetzung ist in Teilen sicherlich die Tatsache, dass Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Folgenanpassung nicht zu den kommunalen Pflichtaufgaben zählen. Somit hängt das Engagement in den Kommunen häufig stark von individueller Prioritätensetzung sowie von finanziellen Spielräumen ab. Gänzlich freiwillig sind kommunale Klimaschutzaktivitäten jedoch insofern nicht, als sie durch einen deutlicheren gesetzlichen Rahmen zunehmend vorgeschrieben werden.

## 2. Rechtliche Grundlagen<sup>14</sup>

Eine wichtige Grundlage bildet das Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG), das im Jahr 2019 in Kraft getreten ist und mit dem erstmals Klimaschutzziele für Deutschland gesetzlich verankert wurden. Seit der Verschärfung der Ziele mit der ersten Novellierung im Jahr 2021 gilt die klare Zielsetzung der Treibhausgasneutralität für Deutschland bis zum Jahr 2045 – auch wenn die zweite Novellierung 2024, insbesondere die Aufweichung der verbindlichen Sektorenziele, vielfach kritisiert wurde.<sup>15</sup> Das Gebäudeenergiegesetz (GEG), das aus dem Jahr 2020 stammt und ebenfalls 2024 novelliert wurde, zielt außerdem auf eine Nutzungssteigerung erneuerbarer Energien oder unvermeidbarer Abwärme für die Energieversorgung von Gebäuden ab. Insbesondere der öffentlichen Hand wird hierbei eine Vorbildfunktion zugeschrieben.<sup>16</sup> Ein weiteres Element bildet das Gesetz für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze, kurz

<sup>13</sup> Vgl. Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle, Synthesebericht zum Sechsten IPCC-Sachstandsbericht (AR6). Hauptaussagen aus der Zusammenfassung für die politische Entscheidungsfindung (SPM) 2024, <https://www.de-ipcc.de/media/content/Hauptaussagen-AR6-SYR.pdf> [13.11.2025].

<sup>14</sup> Die hier dargestellte Gesetzeslage spiegelt den Stand von März 2025 wider.

<sup>15</sup> Vgl. Bundesamt für Justiz, Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) 2019, <https://www.gesetze-im-internet.de/ksg/> [13.11.2025].

<sup>16</sup> Vgl. Bundesamt für Justiz, Gesetz zur Einsparung von Energie und zur Nutzung erneuerbarer Energien zur Wärme- und Kälteerzeugung in Gebäuden\* (Gebäudeenergiegesetz - GEG) 2020, <https://www.gesetze-im-internet.de/geg/> [13.11.2025].

Wärmeplanungsgesetz (WPG). Die kommunale Wärmeplanung – abhängig von ihrer Einwohnerzahl bis Mitte 2026 beziehungsweise 2028 – wird somit ins Pflichtenheft geschrieben, um eine schrittweise Umstellung der Wärmeversorgung durch erneuerbare Energien oder unvermeidbare Abwärme zu ermöglichen.<sup>17</sup> Die Aufzählung ist nicht vollständig, weitere zu benennende Gesetze, die Klimaschutzmaßnahmen beziehungsweise -ziele vorgeben, sind etwa das Baugesetzbuch (BauGB) oder das Gesetz zur Steigerung der Energieeffizienz in Deutschland, kurz Energieeffizienzgesetz (EnEFG). Die Auswahl zeigt aber deutlich, dass bereits rechtliche Leitplanken auf Bundesebene bestehen, die darüber hinaus durch Landesklimaschutzgesetze flankiert werden. Von einer gänzlich freiwilligen Aufgabe kann beim kommunalen Klimaschutz somit keine Rede sein.

Eine vergleichbare Entwicklung ist im Themenfeld Klimafolgenanpassung zu verzeichnen. Bereits 2008 wurde die Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS) vom Bund beschlossen, die sich mit Klimafolgen und Anpassungsmöglichkeiten in 15 Handlungsfeldern befasst, vor allem auf Bundesebene.<sup>18</sup> 2024 wurde die aktuelle Fassung erlassen. Sie dient als Rahmen für die Bewältigung der Herausforderungen des Klimawandels. Die DAS wird regelmäßig fortgeschrieben und durch Aktionspläne ergänzt. Der aktuelle Aktionsplan „Anpassung IV“ zeigt die Politikinstrumente auf, die von der Bundesregierung derzeit verfolgt werden.<sup>19</sup>

Als erstes Bundesland hat Nordrhein-Westfalen bereits 2021 ein Klimaanpassungsgesetz auf Länderebene umgesetzt. Andere Bundesländer wiederum haben Klimaanpassung in ihre bestehenden Klimaschutzgesetze aufgenommen (Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Thüringen). Explizit hat der Bund das Thema in das Raumordnungsgesetz (ROG), das erwähnte Baugesetzbuch (BauGB) sowie das Wasserhaushaltsgesetz (WHG) integriert.<sup>20</sup> Das Bundes-Klimaanpassungsgesetz (KAnG), das am 01.07.2024 in Kraft getreten ist, setzt erstmals einen strategischen Rahmen für die vorsorgende Klimaanpassung auf allen Verwaltungsebenen in Deutschland. Es verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, sich flächendeckend mit den Folgen des Klimawandels auseinanderzusetzen und – nicht näher definierte – Anpas-

<sup>17</sup> Vgl. Bundesamt für Justiz, Gesetz für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze (Wärmeplanungsgesetz – WPG) 2023, <https://www.gesetze-im-internet.de/wpg/> [13.11.2025].

<sup>18</sup> Vgl. Die Bundesregierung, Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, S. 308.

<sup>19</sup> Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV), Deutsche Anpassungsstrategie für den Klimawandel 2024. Vorsorge gemeinsam gestalten 2024, <https://www.bmuv.de/download/deutsche-anpassungsstrategie-an-den-klimawandel-2024> [13.11.2025].

<sup>20</sup> Vgl. Vetter u. a., Politikfeld, S. 481.

sungsmaßnahmen zu identifizieren. Die Länder werden beauftragt, eigene Klimaanpassungsstrategien vorzulegen und die Entwicklung von Klimaanpassungskonzepten auf lokaler Ebene in den Kommunen zu fördern. Das KAnG enthält ein Berücksichtigungsgebot, nachdem alle Träger öffentlicher Aufgaben die Klimaanpassung bei ihren Planungen und Entscheidungen fachübergreifend und integriert zu berücksichtigen haben.<sup>21</sup>

### *3. Kommunale Ziele, Strategien und Maßnahmen*

Der Bund hat sich das Ziel gesetzt, bis 2045 Treibhausgasneutralität zu erreichen. Viele Kommunen haben sich sogar deutlich frühere Daten zum Erreichen dieses Ziels gesetzt. Das Umweltbundesamt kommt jedoch zu der Erkenntnis, dass eine lokale Zielsetzung, die vor der Treibhausgasneutralität auf Bundesebene liegt, aufgrund von Abhängigkeiten von der EU, dem Bund und den Ländern schwierig umsetzbar ist. Ein weiterer Grund liegt in der Tatsache, dass Kommunen nur auf einen Teil ihrer Treibhausgasemissionen direkten Einfluss nehmen können.<sup>22</sup> Allerdings können ambitionierte Zielsetzungen positive Effekte haben, indem sie zu einer Priorisierung von Maßnahmen beitragen und dem Thema mehr Dringlichkeit in der kommunalen Agenda verschaffen – auch wenn die konkrete numerische Zielerreichung in der Treibhausgasbilanzierung nicht realisierbar ist.

Kommunaler Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe, die in vielen Handlungsfeldern der Kommunen zum Tragen kommt – von der Mobilität über Bauen und Wohnen bis hin zu Wirtschaft, Gesundheit und Sozialem. Ein zentrales Instrument, um Potenziale zu identifizieren und effektive Maßnahmen festzulegen, sind Klimaschutzkonzepte. Sie dienen als strategische Basis, werden politisch legitimiert durch einen Beschluss und zum Beispiel von einem Klimaschutzmanagement umgesetzt. Kommunen stehen dazu Fördermöglichkeiten offen, etwa im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundes, zu denen die bundesweit tätige „Agentur für kommunalen Klimaschutz“ (vormals „Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz“) berät.<sup>23</sup>

Eine Möglichkeit, die Kommunen – nicht zuletzt ausgelöst durch die Fridays for Future-Bewegung – ergriffen haben, um den Klimaschutz in alle Bereiche der Kommune zu tragen, ist die Prüfung von Ratsbeschlüssen auf ihre Klima-

<sup>21</sup> Vgl. BMUV, Deutsche Anpassungsstrategie 2024, S. 12.

<sup>22</sup> Vgl. Philipp Wachter u. a., Abschlussbericht Kommunale Klimaschutzambitionen. Orientierungsrahmen für wirksame Klimaschutz-Zielstellungen in Kommunen, in: Climate Change 55, 2024, hrsg. vom Umweltbundesamt (UBA), S. 119.

<sup>23</sup> Vgl. Ines Fauter u. a., Klimaschutz in Kommunen. Praxisleitfaden, 4. akt. Aufl., Berlin 2023.

wirkung beziehungsweise Klimarelevanz. Viele Städte, Gemeinden und Landkreise haben mit der Ausrufung des Klimanotstands sogenannte Klimachecks eingeführt. Dabei handelt es sich um Beschlussvorlagen, die im besten Fall bereits im Planungsprozess kommunaler Vorhaben Auswirkungen auf den Klimaschutz einbeziehen. Diese Klimachecks finden auf alle Beschlüsse Anwendung und reichen somit in sämtliche Fachressorts und Handlungsfelder der Kommune.<sup>24</sup>

Hinsichtlich der Klimafolgenanpassung erarbeiten die Kommunen konkrete Zielvorstellungen für ihre zukünftige Entwicklung. Auf Basis von Analysen und Bewertungen werden planerische Maßnahmen entwickelt, die darauf abzielen, Klimafolgen zu minimieren und die Lebensqualität in den Städten zu sichern.<sup>25</sup> Dabei sind kommunale Klimaanpassungskonzepte wichtige strategische und operative Instrumente und dienen als Grundlage für die Planung und Umsetzung von Maßnahmen auf lokaler Ebene. Dabei sind die Einbindung relevanter Akteure und die Berücksichtigung lokaler Gegebenheiten von großer Bedeutung.<sup>26</sup> Darüber hinaus werden vermehrt Instrumente und Prozesse entwickelt, um die Klimaanpassung in die kommunale Planung zu integrieren. Dazu gehören der Einsatz von Klimakarten und die Berücksichtigung von Klimafaktoren in der Bauleitplanung, die Entwicklung von Fachkonzepten sowie die Nutzung von Beratungsangeboten und Förderprogrammen.<sup>27</sup>

Das „Zentrum KlimaAnpassung“ berät und unterstützt auf Initiative des Bundesumweltministeriums Kommunen und soziale Einrichtungen bei allen Themen der Klimaanpassung. Die Vernetzung innerhalb der Kommunalverwaltung ist essenziell, da Klimaanpassung ein komplexes Thema ist, das das Mitwirken vieler Verwaltungsbereiche erfordert. Klimaanpassungsmanager\*innen spielen hierbei eine zentrale Rolle.<sup>28</sup>

Auch die Regionalplanung nimmt eine koordinierende und vermittelnde Rolle ein. Es gilt, die regionale und kommunale Zusammenarbeit zu intensivieren, da Naturräume keine Verwaltungsgrenzen kennen. In diesem Zusammen-

<sup>24</sup> Vgl. Ratz/Manzke, Klimacheck, S. 1 f.

<sup>25</sup> Vgl. Baumüller, Stadt im Klimawandel, S. 55 f.

<sup>26</sup> Manfred Born u. a., Klimalotse 3.0, hrsg. vom UBA, 2022, [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/5612/dokumente/klimalotse\\_3.0\\_offline\\_version\\_2022.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/5612/dokumente/klimalotse_3.0_offline_version_2022.pdf) [14.11.2025]; Elena Plank/Moritz Ochsmann/Vera Völker, Klimaanpassung integriert voranbringen. Kommunale Strategien und Konzepte, 1. Aufl., hrsg. von Difu, 2024, [https://zentrum-klimaanpassung.de/sites/default/files/2024-11/ZKA\\_Strategien\\_und\\_Konzepte\\_barrierefrei.pdf](https://zentrum-klimaanpassung.de/sites/default/files/2024-11/ZKA_Strategien_und_Konzepte_barrierefrei.pdf) [14.11.2025], S. 5.

<sup>27</sup> Vgl. Plank/Ochsmann/Völker, Klimaanpassung, S. 7-10.

<sup>28</sup> Vgl. Otto/Thieken, Urbane Resilienz, S. 87; BMUV, Deutsche Anpassungsstrategie 2024, S. 15, 112.

hang kommt auch den Landkreisen eine wichtige neue Rolle zu.<sup>29</sup>

Wie der Klimaschutz ist die Anpassung an die Folgen des Klimawandels ein Querschnittsthema, das nicht nur planerische und technische Maßnahmen umfasst, sondern auch organisatorische, ökonomische, kommunikative und soziale Strategien erfordert.<sup>30</sup> Die Bedeutung von Grünflächen und blau-grünen Infrastrukturen für das Stadtklima wird immer stärker hervorgehoben. Dabei finden Konzepte wie die Schwammstadt oder naturbasierte Lösungen zunehmend Anwendung. Auch die Nutzung von Gründächern und Fassadenbegrünung zur Regulierung des städtischen Wasserhaushalts wird erfolgreich praktiziert.<sup>31</sup> Neben dem Hochwasser- und Starkregenschutz spielt der Umgang mit zunehmenden Hitzebelastungen eine Schlüsselrolle bei der kommunalen Anpassung an den Klimawandel. Die Minimierung der urbanen Hitzeinsel und der gesundheitliche Hitzeschutz stehen im Vordergrund der Hitzeaktionsplanung.<sup>32</sup> Trotz der Fortschritte gibt es weiterhin Herausforderungen, wie finanzielle und personelle Engpässe, die eine erfolgreiche Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen erschweren können. Auch die Integration der Klimaanpassung in den Alltag der Kommunen und die Etablierung von Standards und Strategien sind wichtige Aufgaben.<sup>33</sup>

Insgesamt hat sich die kommunale Klimafolgenanpassung von einem Nischenthema zu einer zentralen Aufgabe der Stadtentwicklung gewandelt. Die genannten Entwicklungen zeigen, dass es ein zunehmendes Bewusstsein für die

<sup>29</sup> Vgl. Baumüller, Stadt im Klimawandel, S. 206; Vera Völker/Moritz Ochsmann/Elena Plank, Fit für die interkommunale Klimaanpassung. Rolle und Bedeutung für Landkreise, hrsg. von Difu, 2024, [https://zentrum-klimaanpassung.de/sites/default/files/2024-11/ZKA\\_Landkreise\\_241015\\_BF.pdf](https://zentrum-klimaanpassung.de/sites/default/files/2024-11/ZKA_Landkreise_241015_BF.pdf) [14.11.2025].

<sup>30</sup> Vgl. Vetter u. a., Politikfeld, S. 480.

<sup>31</sup> Vgl. Fischer-Hotzel/Jolk, Kommune, pass dich an!, S. 32-34; Petra Mahrenholz u. a., Weiterentwicklung von Strategien zur Klimawandelanpassung, in: Guy P. Brasseur/Daniela Jacob/Susanne Schuck-Zöller (Hrsg.), Klimawandel in Deutschland. Entwicklung, Folgen, Risiken und Perspektiven, Berlin 2023, S. 507-518.

<sup>32</sup> Vgl. Kemen/Schäffer-Gemein/Kistemann, Einfluss urbaner Hitze, S. 62-64; Andreas Matzarakis/Birgit ZieIo, Maßnahmen zur Reduzierung von Hitzebelastungen für Menschen – Bedeutung von Hitzeaktionsplänen, in: Gefahrstoffe – Reinhaltung der Luft 77:7/8, 2017, S. 316-320.

<sup>33</sup> Vgl. Andrea Rüdiger, Klimawandelgerechte Strategien als Baustein einer integrierten Stadtentwicklung, in: Sabine Baumgart u. a. (Hrsg.), Planung für gesundheitsfördernde Städte, Hannover 2018, S. 332-349; Simone Linke u. a., Die Planung einer grünen Stadt der Zukunft. Handlungsmöglichkeiten und Instrumente, Freising 2021, [https://www3.ls.tum.de/fileadmin/woobds/lapl/Bilder/Projekte/GrueneStadt/Broschure\\_1.pdf](https://www3.ls.tum.de/fileadmin/woobds/lapl/Bilder/Projekte/GrueneStadt/Broschure_1.pdf) [14.11.2025]; Walter Kahlenborn/Fritz Reusswig/Inke Schauser, Analyse von Anpassungskapazitäten, in: Guy P. Brasseur/Daniela Jacob/Susanne Schuck-Zöller (Hrsg.), Klimawandel in Deutschland. Entwicklung, Folgen, Risiken und Perspektiven, Berlin 2023, S. 345-360.

Notwendigkeit der Anpassung gibt und dass vielfältige Strategien und Maßnahmen entwickelt werden, um die Städte resilenter gegenüber den Folgen des Klimawandels zu machen.

#### 4. Ausblick

Beide Themenfelder – Klimaschutz und Klimafolgenanpassung – sind zunehmend in der kommunalen Praxis verankert und in der Agenda der verantwortlichen Akteure angekommen. Ein entscheidender Schritt ist es nun, zunehmend eine integrierte Betrachtung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen zu erreichen, um etwaige Hemmnisse zu identifizieren beziehungsweise zu überwinden und vorhandene Synergien auszunutzen. Wenn beide Themen solitär bearbeitet werden, können Kontroversen und Konflikte sowie Ineffizienzen entstehen. Das Ziel muss ein abgestimmtes Vorgehen sein, bei dem beide Zielstellungen aktiv mitgedacht werden. Beispiele für Synergien sind etwa naturbasierte Lösungen wie der Schutz beziehungsweise die klimaresiliente Gestaltung von Flussauen, Mooren oder Wäldern, die Folgen von Extremwetterereignissen abmildern können und zugleich dem Klimaschutz als natürliche CO<sub>2</sub>-Senken dienen. Ein weiteres Beispiel für das gelungene Zusammenspiel von Klimaschutz und Klimaanpassung stellen Photovoltaikanlagen auf extensiv begrünten Dächern dar. Die Dachbegrünung fördert den natürlichen Regenwasserrückhalt und entlastet das Kanalsystem bei Starkregenereignissen, außerdem sorgt sie bei Hitze für einen Kühlungseffekt im Gebäudeinneren. Zudem heizen sich die Dachfläche und die Photovoltaikanlage dadurch weniger stark auf, was zu einer Effizienzsteigerung in der Energieproduktion führt. Die extensive Begrünung bildet neben dem Kühlungseffekt im Winter zugleich eine Wärmedämmung für das Gebäude. Bei integrierter Betrachtung und Planung können beide Maßnahmen aufeinander abgestimmt und effizient umgesetzt werden.

Es wird dementsprechend eine wichtige Aufgabe der Kommunen sein, Maßnahmen des Klimaschutzes und der Anpassung an die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels stärker zusammenzudenken. Eine Frage, die dabei nicht neu ist, aber in Zukunft noch stärker in den Fokus rücken wird, ist die nach der Finanzierung kommunaler Klimaschutz- und Klimaanpassungsaktivitäten. Denn es fehlen vielfach sowohl finanzielle Mittel als auch notwendiges Personal in den Verwaltungen. Aktuelle Schätzungen gehen davon aus, dass Kommunen jährlich rund 5,8 Mrd. Euro investieren müssen, um die Klimaziele zu erreichen, und bis 2030 jährlich rund 5,5 Mrd. Euro für Klimaanpassungsmaßnahmen.<sup>34</sup> Nicht zu handeln, ist allerdings keine Alternative und würde sogar noch

<sup>34</sup> Vgl. Carsten Kühl/Henrik Scheller, Kommunale Klimaschutzfinanzierung auf neue Füße

höhere Kosten verursachen. Das zeigt schon der Blick auf die Schäden, die durch die katastrophalen Überschwemmungen im Ahrtal und an der Erft im Juli 2021 entstanden sind und die mit mindestens 40,5 Mrd. Euro beziffert werden.<sup>35</sup> Wie die Finanzierung von Maßnahmen für Klimaschutz und Klimafolgenanpassungen künftig gestaltet wird und ob sich die Finanzierungskaskade – etwa durch eine Manifestierung als Pflichtaufgaben oder Gemeinschaftsaufgaben – verändert, wird die Zukunft zeigen. Fest steht: Am kommunalen Klimaschutz und an der Klimafolgenanpassung führt kein Weg vorbei.

**Moritz Ochsmann**, Dr., ist Geograph und Stadtforscher und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) im Team Klimaanpassung und Stadtökologie des Forschungsbereichs Umwelt. Als stellvertretender Projektleiter des „Zentrum KlimaAnpassung“ berät er Kommunen und soziale Einrichtungen in Fragen der Klimaanpassung. Ein weiterer Schwerpunkt seiner Arbeit liegt in der kommunalen Hitzeaktionsplanung.

[ochsmann@difu.de](mailto:ochsmann@difu.de)

**Ulrike Vorwerk**, M. A., ist Kommunikationswissenschaftlerin und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) im Team Klima- und Ressourcenschutz des Forschungsbereichs Umwelt. Ein Fokus ihrer Arbeit ist es, in verschiedenen bundesweiten Projekten Städte, Gemeinden und Landkreise bei der Minderung von Treibhausgasemissionen zu unterstützen.

[vorwerk@difu.de](mailto:vorwerk@difu.de)

stellen: Einführung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe, in: Difu Policy Papers 4, 2025, [www.difu.de/18853](http://www.difu.de/18853) [14.11.2025].

<sup>35</sup> Vgl. Alexandra Dehnhardt, Kosten durch Klimawandelfolgen in Deutschland. Zusammenfassung, hrsg. vom BMWK, Berlin 2023, [https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/M-O/Merkblaetter/merkblatt-klimawandelfolgen-in-deutschland-zusammenfassung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/M-O/Merkblaetter/merkblatt-klimawandelfolgen-in-deutschland-zusammenfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=6) [14.11.2025].